

Kritik an „unhaltbarem Zustand“

Bundes- und Landespolitiker sehen Handlungsbedarf bei Abschiebe-Problematik

VON MICHAEL ENDE

CELLE. Keinesfalls übertrieben habe die Celler Stadtverwaltung mit ihrer Schilderung des teils „renitenten“ Verhaltens nicht ausreisewilliger abgewiesener Asylbewerber aus Osteuropa und dem Balkan, sagen Politiker aus Landtag und Bundestag. Sie bestätigen die Aussage von Oberbürgermeister Jörg Nigge (CDU), dass Bund und Länder sich verstärkt um das Problem kümmern müssten, um so die Kommunen zu entlasten.

„Gute Ansätze“: Das Recht auf Asyl sei ein hohes Gut, so der Celler CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Adasch: Damit aber dieses Recht auch in Zukunft gewährt werden kann muss klar sein, dass diejenigen, die kein Recht auf Asyl bekommen, unser Land auch wieder verlassen müssen. „Das Asylrecht sei ein individuelles Schutzrecht und kein Ersatzeinwanderungsrecht: „Es darf keinen Zweifel geben: Wer kein Recht auf Asyl und kein anderes dauerhaftes Bleiberecht hat, muss unser Land wieder verlassen.“ Hier müssten Bund, Länder und Kommunen noch besser als bisher zusammenarbeiten, so Adasch: „Aber ich sehe gute Ansätze, wenn ich zum Beispiel daran denke, dass sich Ministerpräsident Weil dazu bekannt hat, dass er die Maghreb-Staaten zurecht als sichere Herkunftsländer ansieht.“

„Wegdrücken“: Niggess Erkenntnisse seien „leider nicht neu“, sagt der Celler FDP-Landtagsabgeordnete Jörg Bode: „Es gäbe viele kleine Möglichkeiten um die Situation zu verändern, seit Jahren erleben wir aber, wenn es konkret wird, nur ein Wegdrücken bei den regierenden Mehr-



„Trotz der sehr einseitigen Kritik der Stadt Celle besteht auch Handlungsbedarf.“

Kirsten Lühmann
SPD-Bundestagsabgeordnete



„Wir haben weniger ein Erkenntnis- als vielmehr ein Vollzugsproblem.“

Henning Otte
CDU-Bundestagsabgeordneter

heiten.“ Bode empfiehlt wie Nigge, Amtsärzte über die Reisefähigkeit abzuschließender Ausländer entscheiden zu lassen: „Genauso ist es nicht nachvollziehbar, warum Menschen die im Verfahren selber nicht mitwirken und falsche oder keine Angaben machen um die Rückführung zu erschweren, nicht mindestens mit einer Residenzpflicht in einer zentralen Einrichtung belegt werden, sondern ohne Einschränkungen ein Aufenthaltsrecht erhalten.“

Seitens des Bundesgesetzgebers müsse unmissverständlich klargestellt werden, dass nach Abschluss eines gerichtlichen Verfahrens, das zur Ausreise verpflichte, keinerlei Gründe mehr vorgebracht werden könnten, die einer solchen entgegenstünden, so der Celler AfD-Bundestagsabgeordnete Thomas Ehrhorn: „Sonst läuft der Rechtsstaat leer.“

„Öl ins Feuer“: Die Celler SPD-

Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann wirft Nigge vor, er gieße „nur Öl ins Feuer und bediene Vorurteile“, wenn er die Härtefallkommission „völlig diskreditiere“ oder „unsäglicherweise“ pauschal jedes ärztliche Attest in Frage stelle. „Aus meiner Sicht besteht trotz der sehr einseitigen Kritik der Stadt Celle jedoch auch Handlungsbedarf bei der Verwaltung, dem Land und dem Bund“, so Lühmann: „Bei dem Verdacht, es mit einem ärztlichen oder psychiatrischen Gefälligkeitsgutachten zu tun zu haben, muss schneller eine Überprüfung durch eine Amtsärztin oder Amtsarzt erfolgen. Hier muss Verwaltung effizient und schnell handeln.“ Auch eine schnellere Abschiebung straffällig gewordener Asylsuchender müsse geprüft werden.

„Nicht zu vermitteln“: „Oberbürgermeister Nigge hat vollkommen recht, wenn er bei der Abschiebe-

praxis Auswüchse aufzeigt, die nicht tolerierbar sind. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass abgelehnte Asylbewerber nicht konsequent abgeschoben werden“, sagt der Celler CDU-Bundestagsabgeordnete Henning Otte. Wenn am Ende einer Kette abgestufter Verfahren die Abschiebung anstehe, dann müsse der Rechtsstaat handeln: „Wenn ein rechtskräftig abgelehntes Asylgesuch keine Folgen hat, ist dies den Menschen nicht zu vermitteln.“

„Ankerzentrum einrichten“: Der Bundestag habe auf die Initiative der CDU/CSU deutliche Verschärfungen des Asylrechts vorgenommen, so Otte: „Die Länder müssen endlich konsequent die Gesetzeslage anwenden und Abschiebungen durchführen.“ Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) empfiehlt Otte, „endlich ein Ankerzentrum einzurichten, wie es im Koalitionsvertrag in Berlin vereinbart worden sei.“ Damit können Asylgesuche zügig bearbeitet und die Entscheidungen konsequent umgesetzt werden: bei einem positiven Bescheid findet die Verteilung auf die Kommunen statt, bei einem negativen Bescheid wird die Abschiebung vollzogen.“

Minister nach Celle: Mit seinem Fraktionskollegen Hendrik Hoppenstedt, Staatsminister im Bundeskanzleramt und Koordinator für die Bund-Länder-Beziehungen, stehe Otte zu diesem Thema schon länger im Kontakt: „Da zumindest aus meiner Sicht weniger ein Erkenntnis- als vielmehr ein Vollzugsproblem vorherrscht, habe ich ihn eingeladen, mit mir zusammen Oberbürgermeister Nigge zu besuchen, um uns vor Ort die Situation aufzeigen zu lassen.“



MEINUNG

Emotional

VON MICHAEL ENDE

Kein Wunder, dass die Diskussion über nicht ausreisewillige abgelehnte Asylbewerber emotional geführt wird – schließlich geht es um Menschen und ihre Schicksale. Dabei verliert mancher, der besonders emotional mitdiskutiert, aus den Augen, um wen es bei der aktuellen Debatte in Celle *nicht* geht: Es geht nicht um Kriegsflüchtlinge aus Syrien, sondern in vielen Fällen um Menschen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion oder des ehemaligen Jugoslawiens – oft aus Staaten, die EU-Beitrittskandidaten sind. Diese Zuwanderer kommen aus den unterschiedlichsten Gründen nach Deutschland. Falls ihnen am Ende eines rechtsstaatlichen Verfahrens das Recht auf Asyl nicht zuerkannt wird, muss das Konsequenzen haben. Auf jeden Fall nicht die Konsequenz, dass es keine Konsequenz gibt.

Die Diskussion darüber muss auf Bundes- und Landesebene geführt werden. Dort müssen Politiker praktikable Lösungen erarbeiten. Damit Städte wie Celle sich nicht dafür in die rechte Ecke stellen lassen müssen, nur weil sie die Probleme, benennen, die sie selbst nicht lösen können.

i Klinikum schweigt: Auf eine Nachfrage der CZ hat das Klinikum Warendorff, dessen Celler Psychiatrisch-Psychologische Klinik von der Stadtverwaltung als Anlaufstelle für ausreisunwillige Ausländer auf der Suche nach Reiseunfähigkeits-Attesten genannt wird, bisher keine Stellung genommen.